

Rede zum Neujahrsempfang der Bremischen Bürgerschaft

8. Januar 2019 · Präsident Christian Weber

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herzlich willkommen hier im Herzen der Demokratie, im Zentrum der Bremer Politik. Ich freue mich, Sie alle hier begrüßen zu dürfen. Das ist für mich immer wieder sehr bewegend. Es ist eine schöne Tradition geworden, sich zum Anfang des Jahres im Haus der Bürgerschaft zu treffen. Wir stoßen auf das neue Jahr an – und ganz nebenbei stärken Sie ihre Netzwerke, sprechen über neue Ideen und Projekte. Und möglicherweise kehren diese Ideen auch wieder an diesen Ort zurück – in die Bürgerschaft, als parlamentarische Initiative, als Resultat unserer Begegnung hier!

Betroffen und fassungslos - und dass muss ich in aller Deutlichkeit sagen - macht mich der Angriff auf den Bremer AfD-Bundestagsabgeordneten Frank Magnitz – gestern nach dem Neujahrsempfang des Weserkurier. Gewalt gegen Andere hat bei uns nichts zu suchen - nicht in der Politik, nicht in unserer Gesellschaft. Und das gilt ausdrücklich auch für die AfD.

Ich wünsche Frank Magnitz an dieser Stelle gute Besserung!

Der Mensch Frank Magnitz hat unser Mitgefühl verdient, unabhängig von unserer Einschätzung seiner Politik oder der Politik der AfD. Gegen die Politik der AfD sind alle legalen und politischen Mittel erlaubt. Mir fehlt deshalb jedes Verständnis für diese brutale Tat, die doch nicht die Politik der AfD bekämpft, sondern die der AfD eher nützt als schadet. Auch deshalb hoffe ich, dass Täter und Motiv schnell aufgeklärt werden – dann müssen wir uns im politischen Raum mit dieser Tat auseinandersetzen, insbesondere im Hinblick auf die Bürgerschaftswahl. Wer so etwas macht, spaltet unsere Gesellschaft, sorgt für weitere Hetze, die es jetzt schon im Netz gibt.

In diesem Jahr haben wir gleich mehrere Wahlen vor uns: am 26. Mai wird nicht nur die Bremische Bürgerschaft – also IHRE politischen Vertreterinnen und Vertreter hier vor Ort - neu gewählt, sondern auch die Stadtverordneten-Versammlung in Bremerhaven und die Beiräte. UND: das Europa-Parlament. Ich vermute, dass das Wählen-Gehen für Sie ganz bestimmt kein Neujahrs-Vorsatz sein muss. Sondern, dass Sie selbstverständlich diesen Termin in ihrem Kalender gespeichert haben! Wichtig ist, dass sie wählen gehen! Und ich habe eine Bitte: überzeugen Sie in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis noch mindestens zehn weitere zum Wählen-Gehen! Am besten Alle ihre Bekannten und Freunde! Denn ein Parlament, das nur noch von der Hälfte der Bevölkerung legitimiert wurde – wie vor vier Jahren – das können, das dürfen wir uns nicht leisten. Die Vertretung des Volkes in einem Parlament sollte nach Möglichkeit alle Menschen in unserem Land vertreten!

Das können wir uns auch nicht leisten, wenn man daran denkt, wie hart das erste allgemeine und gleiche Wahlrecht vor 100 Jahren erkämpft wurde: Zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 durften zum ersten Mal auch Frauen wählen. Daran haben wir im vergangenen Jahr in vielen Veranstaltungen hier im Parlament erinnert.

Bis zum Frauen-Wahlrecht war es ein langer, harter Weg. In Bremen wurde das ungerechte Acht-Klassen-Wahlrecht gleich mit abgeschafft. Können Sie sich das vorstellen? Damals wurde hier das Recht zu wählen an den Besitz geknüpft. Besitzlose, einfache Lehrlinge durften nicht wählen. Senatoren-Posten wurden dagegen gleich auf Lebenszeit vergeben. Dass sich das änderte, dass nicht nur reiche Männer ihre Stimme abgeben und im Parlament erheben durften, dass auch Senatorinnen und Senatoren sich einer Wahl stellen mussten - dafür sind unsere Verfahren auf die Straße gegangen und wurden ins Gefängnis gesperrt.

Die Republik, die Demokratie fiel damals nicht einfach so vom Himmel – sie wurde erkämpft. November-Revolution. Soldaten-Räte. Der ehemalige Bremer Wirt – und Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft, Friedrich Ebert, wurde damals der erste Reichspräsident der Weimarer Republik.

Minna Cauer hat ganz wunderbar beschrieben wie das war vor 100 Jahren. Ich zitiere:

„Abdankung des Kaisers, Ausbruch der Revolution. Meine Wohnung fast erstürmt von Menschen, - ich bleibe zu Hause. Ich bin freudig erschüttert, habe nur die Hände am Abend gefaltet und die Tränen sind mir über die Wangen gelaufen. Traum meiner Jugend, Erfüllung im Alter! Ich sterbe als Republikanerin. Eine Erschütterung geht durch die Welt, wie sie nie gewesen“

Minna Cauer war eine der Frauen-Aktivistinnen. Und dieses Zitat zeigt, wie wichtig – wie kostbar das Wahl-Recht war. Das dürfen wir nicht vergessen... und es heute nicht zu kleiner Münze verkommen lassen!

Ich sage das auch, weil es jetzt, 100 Jahre später nicht mehr so gut aussieht – nicht nur bei Wahlen, mit der schon erwähnten Wahlbeteiligung von 50,2 Prozent in Bremen, für die man sich schämen muss. Sondern um die Demokratie als solche. In den 90er Jahren war unsere westliche, liberale Demokratie quasi ein Export-Schlager. Militärisch, wirtschaftlich und auch ideologisch schien die Demokratie konkurrenzlos zu sein.

Inzwischen kommen kaum noch neue Demokratien auf der Landkarte hinzu.

Inzwischen macht das Wort von der „post-westlichen Weltordnung“ die Runde.

Inzwischen staunen wir, welchen Präsidenten sich eine der ältesten modernen Demokratien gewählt hat – und welche Gefahr er für das demokratische System geworden ist. Ein Präsident, der die eigenen Gerichte, Nachrichtendienste und Aufsichtsbehörden schwächt und schlecht redet. Der Bündnisse und Abkommen ignoriert oder per Kurznachrichten-Dienst aufkündigt. Dieser Präsident ist vermutlich längst ein interessantes Objekt für Chaos-Forscher – aber für die Demokratie ein echtes Problem. Weltweit. Denn die USA sind unter diesem Präsidenten kein „Demokratie-Förderer“ oder Vorbild mehr, wie wir es jahrzehntelang erlebt haben. Madeleine Albright,

ehemalige US-Außenministerin, nennt diesen Präsidenten sogar den „ersten anti-demokratischen Präsidenten der USA“.

Und Trump ist nicht alleine. Wenn wir uns die Weltkarte ansehen: In Ungarn, in der Türkei und Polen agieren die Regierungen alles andere als demokratisch. In Österreich und Frankreich, in Skandinavien, in den Niederlanden, in Italien und zuletzt auch in Spanien, wo Ultrarechte kaum 40 Jahre nach Frankos Tod wieder in die Regionalparlamente einziehen, gibt es starke rechte und rechtspopulistische Parteien – zum Teil auch in Regierungsverantwortung. In Brasilien ist seit dem ersten Januar ein Rechtspopulist an der Macht, der offen gegen Minderheiten hetzt.

Und auch bei uns bekommen populistische und extremistische Parteien immer mehr Zulauf. Woran liegt das? Warum müssen wir 50 Jahre nach Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“, die Demokratie verteidigen?

Es gibt eine sehr spannende Studie „Wie Demokratien sterben“. Sie beschreibt die um sich greifende „Erosion der Demokratie“. Das geht in der Regel ohne Panzer und ohne Krieg; ganz schleichend, fast unmerklich – und in der Regel nach einer demokratischen Wahl. Dann werden gesetzliche Regeln „verschoben“, politische Schlüsselfiguren bekämpft, Richter bedroht, und die Gewaltenteilung wird zu einer Gewalt-Einheit.

Wir müssen aufpassen! Die Landtagswahlen im vergangenen Jahr haben – aus meiner Sicht – einen dumpfen Beigeschmack hinterlassen. Für den eigenen politischen Wahlerfolg hat die CSU in einem so reichen Land wie Bayern viel riskiert: Ein Innenminister in Daueropposition zur Kanzlerin und zur Schwesterpartei, selbst die EU wurde in der deutschen Asylfrage in Geiselschaft genommen – für eine handvoll Flüchtlinge, die jetzt an der Grenze zurückgewiesen werden können.

Die politische Auseinandersetzung belebt die Demokratie – keine Frage. Aber wir müssen aufpassen, dass wir nicht das Maß verlieren! Dass nicht alle demokratischen Errungenschaften mit lautem Getöse für große Schlagzeilen infrage gestellt werden. Denn Demokratie braucht auch ein Grundvertrauen in die Politik.

Beispiel Europa. Europa heißt für mich: 70 Jahre Frieden. Und nicht irgendein Frieden, sondern ein Frieden zwischen ehemaligen Erzfeinden. Europa heißt für mich: Freiheit – keine Grenzümzäune mehr. Die Erneuerung der Menschenrechte, wie es die diesjährige Friedenspreisträgerin Aleida Assmann beschrieben hat.

Die Begeisterung für diese Idee hat sich allerdings langsam abgekühlt. Lange schien das fast schon normale Lästern über das angebliche „Bürokratie-Monster“ in Brüssel, über „Gurkenkrümmungs-Normen“ keine Folgen zu haben.

Heute steht die europäische Union vor immensen Herausforderungen. Das Erstarken der populistischen Kräfte in den Staaten der europäischen Union rufen in Erinnerung, wie dünn die Zivilisatorische, die europäische Schicht ist, welche die EU-Staaten bisher seit Jahrzehnten friedlich zusammenhält.

Vor allem der bevorstehende Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ruft alte Befürchtungen wach. Das zeigt, dass das oft bespöttelte Projekt des Friedens eben doch ein einzig-

artiges ist. Leider ist aber auch deutlich geworden – und das zeigt sich nicht nur in der Flüchtlingspolitik – dass die Staaten weiterhin die Herren der europäischen Verträge sind und ihre eigenen Interessen vor eine europäische Solidarität stellen.

Dennoch: im Alltag funktioniert die EU. Aber die nationalen Interessen beweisen sich – wenn es darauf ankommt – weiterhin als höchst unterschiedlich.

Ich hoffe sehr, dass der Austritt Großbritanniens ein Weckruf ist – für den Zusammenhalt im restlichen Europa, für die Erneuerung von erstarrten Institutionen. Ausgerechnet in Großbritannien gehen so viele Leute wie nie mit Europafahnen auf die Straße. „Pulse of Europe“ hat auch hier die Menschen auf den Marktplatz gebracht. Selten gab es so riesige Demonstration in Berlin wie im Oktober. Ein Brüssel-Roman von Robert Menasse wurde zum Bestseller...

Deshalb: Wenn wir und Europa Glück haben – und das hoffe ich sehr – wird aus der Krise ein neues Europa erwachsen. Ein erstarktes Europa.

Wir in Bremen – wir brauchen dieses Europa für unseren Handel, für die Häfen, freie Grenzen und freien Handel. Wir brauchen verlässliche Partner in der Politik, einen fester Bund von Demokratien.

Man muss allerdings auch sagen: als Politiker und Demokrat hat man es heutzutage nicht mehr so leicht. Politiker, die mit dem Versprechen ins Amt gewählt wurden, um für frischen Wind zu sorgen, verlieren schnell an Popularität. Und zwar quasi vom ersten Tag an. Ich bin ja inzwischen seit fast 20 Jahren Präsident der Bremischen Bürgerschaft. Mir war es immer wichtig, dieses Haus zu öffnen- für die Bürgerinnen und Bürger. Sie zu beteiligen an der Politik. Für eine bürgernahe Politik.

Ich erlebe aber eine Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger an die Politik, die kaum noch zu sättigen ist. Weder inhaltlich noch zeitlich. Ich kann im Internet heute binnen Sekunden etwas bestellen, morgen ist es da. Ich kann im Internet eine Online-Petition starten oder eine Petition unterstützen – das dauert nur wenige Sekunden! Die politische Umsetzung aber nimmt dann oft Jahre in Anspruch. Weil wir als Politikerinnen und Politiker in immer komplexeren Zusammenhängen Entscheidungen treffen müssen. EU-Recht. Datenschutz. Denkmalschutz....

Das kann man auch kaum noch erklären. Und was es nicht einfacher macht: die Erklärung will auch keiner mehr hören. Die Aufnahme-Bereitschaft für politische Botschaften hört doch schon nach wenigen Sätzen auf. In den Nachrichten haben wir aber nur gut 30 Sekunden. Aber die Probleme sind manchmal so komplex, dass mehrere Seiten dafür nicht reichen würden.

Kein Wunder, dass es den Wählerinnen und Wählern schwer fällt in einer alles-jetzt-und-sofort-Zeit zu akzeptieren, dass komplizierte politische Probleme eine gründliche Beratung brauchen. Madeleine Albright, die ich eben schon zitiert habe, schreibt:

„Selbst Leute, die sich nicht einmal aufrufen können zur Wahl zu gehen, betrachten es als ihr gutes Recht von allen Seiten auf unsere gewählten Volksvertreter einzuprügeln. Diese Leute wollen alles gleichzeitig: mehr staatliche Dienstleistung – aber nicht mehr Steuern. Eine saubere Umwelt – aber keine strengeren Gesetze, Sicherheit vor Terroristen – aber ohne Beeinträchtigung der Privatsphäre. Kurz: alle Vorteile auf einmal, ohne etwas dafür zu bezahlen.“

Die Sozialen Netzwerke tun ihr übriges. Wir können nicht ohne sie. Aber wir müssen aufpassen vor der Hetze, die die digitalen Stammtische in Sekundenschnelle verbreiten.

Für den Sozialwissenschaftler Armin Nasser, den wir vor zwei Jahren als Festredner in der Bürgergesellschaft hatten, werden dort simpelste Lösungen für komplexe Probleme angeboten; sie suggerieren damit eine Steuerungsfähigkeit, die es kaum noch gibt. Wir müssen deshalb immer neu daran erinnern, dass Alternativen und das Abwägen verschiedener Argumente das ist, was Demokratie, was Politik ausmacht – gute Politik muss Nachdenken können, und sich die Zeit dafür nehmen müssen.

Volksparteien haben es heute immer schwerer, das Volk zu vertreten – und oft auch es zu verstehen. Nach den Landtagswahlen im vergangenen Jahr gaben 47 Prozent der Befragten in Hessen an, nicht zu wissen wofür die CDU steht. Bei der SPD waren es sogar 64 Prozent. Das ist erschütternd. Parteien sind in Demokratien wichtig; sie sind die Wächter für das Funktionieren einer Demokratie.

Und es schmerzt mich, wenn ich mir den Zustand insbesondere der Volksparteien heute vor Augen führe. Grundwerte und Gebote werden von Lautstärke und Kurzatmigkeit verdrängt. Man fixiert sich auf eine Elite von Funktionären, die vor allem eines haben: Ego und Zugang zu den Medien.

Zugang zu den Mitgliedern, Kontakte zu den Menschen vor Ort, ihren Gedanken und Herzen finden sie immer weniger.

Das heißt für uns Politikerinnen und Politiker: dass wir an der Basis mehr tun müssen. Vor 100 Jahren nannte Max Weber in „Politik als Beruf“ noch Leidenschaft für die Sache, Verantwortungsgefühl und Augenmaß als Schlüssel-Qualifikationen für unsereins. Das allein reicht heute nicht mehr. Heute wird immer wichtiger: die Kommunikation. Wir müssen uns und unsere Themen besser erklären! Ein Interview reicht nicht. Wir müssen wieder ins Gespräch kommen – vor allem mit unserem Volk!

Das ist selbstverständlich keine Einbahnstraße. Auf der anderen Seite braucht es auch aktive Demokraten, die sich am Gespräch beteiligen wollen: Die Schriftstellerin Juli Zeh stellte kürzlich fest: „Parteien sind ja keine Bauchläden, wo man sich was aussucht, sondern man muss da rein gehen, um die eigenen Ideen zu verwirklichen!“ Man kann und sollte sich in einer lebendigen Demokratie beteiligen. Aber man muss es auch wollen!

Gestatten Sie mir ein paar sehr persönliche Bemerkungen. Ich habe mich inzwischen ein halbes Jahrhundert lang politisch betätigt – und das in und für die SPD. Übrigens: Die Farbe Rot kam schon vor der SPD in meiner Jugend: Als kleiner Feuerengel hätte ich in unserer Wohnung einmal fast einen Brand gelegt; mein Vater konnte rechtzeitig löschen und mir danach noch den Hintern versohlen.

Der politisch unbeugsame Gustav Heinemann gehört zu meinen Vorbildern, vor allem deshalb, weil er eigentlich gar kein Vorbild sein wollte und mit seinen Fähigkeiten und Unzulänglichkeiten lieber auf dem Teppich blieb. Er wollte möglichst aufrichtig sein, aber nicht unparteiisch. Das ist mir bis heute sympathisch geblieben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

2019 gibt es noch ein wichtiges Jubiläum: Das Grundgesetz. Kurz vor unserer Bürgerschaftswahl werden wir 70 Jahre deutsche Verfassung feiern! 70 Jahre Grundrechte: Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Gewaltenteilung.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang Ihnen die „Bremer Gewalten“ kurz vorstellen. Auch das sollte nicht zu kurz kommen. Ich freue mich besonders, über die Vertreter der Exekutive: Bürgermeister Carsten Sieling, Bürgermeisterin Karoline Linnert, die Alt-Bürgermeister Jens Böhrnsen, Henning Scherf und Klaus Wedemeier – und auch Moritz Thape.

Und die Bremerhavener Oberbürgermeister Melf Grantz und zum ersten Mal Torsten Neuhoff. Die Senatorinnen und Staatsräte. Den ehemaligen Staatsminister für Kultur, Bernd Neumann und Staatssekretär Uwe Beckmeyer. Außerdem: die Bürgermeister und Landräte aus unseren Nachbar-Gemeinden und Städten.

Ich begrüße allesamt zur Legislative gehörend: Die Fraktions-Chefinnen und Chefs in der Bremischen Bürgerschaft, die Abgeordneten. Die Stadtverordneten-Vorsteherin Brigitte Lückert und die Stadtverordneten in Bremerhaven. Und die Abgeordneten von Bundestag und Europaparlament! Und natürlich auch die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter aus den Beiräten, sowie die Ortsamtsleiterinnen und Ortsamtsleiter.

Und als Vertreterin der Judikative heiße ich Ilsemarie Meyer als Präsidentin des Staatsgerichtshofs herzlich willkommen. Ebenso viele weitere Vertreterinnen und Vertreter der Gerichtsbarkeit.

Ich möchte auch die General- und Honorarkonsuln aus Bremen, Hamburg und Hannover und die Vertreter ausländischer Missionen begrüßen. Ein herzliches Willkommen auch für die hochrangigen Vertreterinnen und Vertreter der Bremer Wirtschaft, Unternehmen, Start-Ups, von Hochschulen, Universitäten und Wissenschaft, der Kammern; der Kultur, Theater, Galerien, die Vertreter der Medien. Sowie die Vertreter der Kirchen (Herrn Brahms, Herrn Schomaker, den Landesrabbiner Teitelbaum), sowie die muslimische Bevölkerung.

Die Bundeswehr ist durch Oberst Hans Peter Dorf Müller vertreten.

Seien Sie alle hier im Parlament herzlich willkommen!

Sie alle haben viel für dieses Land bewirkt. Jede und jeder von Ihnen auf unterschiedliche Art. Politisch, mit Geld, mit Ideen. Sie alle mit viel Engagement. Und deshalb freue ich mich, dass Sie alle heute hier sind.

Wie in jedem Jahr haben wir auch dieses Mal Ehrengäste eingeladen. Nach diesem Sommer gab es eigentlich nur ein Thema für uns: die Wasser-Retter, so möchte ich sie mal nennen. Zu erkennen sind sie an kleinen Plakette, damit Sie sie gleich in Gespräche verwickeln können.

Unsere Ehrengäste sind: die Rettungsschwimmerinnen und -schwimmer der DLRG: sie haben im vergangenen Jahr 30.000 Stunden ehrenamtlich geleistet – und elf Menschen unmittelbar vor dem Ertrinken gerettet. Für sechs Menschen kam leider jede Hilfe zu spät.

Wir haben Einsatztaucherinnen und -taucher der Feuerwehr Bremen hier, die – wenn ein Notruf kommt, alles sofort stehen und liegen lassen müssen und oft die ersten an der Einsatzstelle sind.

Und wir haben natürlich die Bademeisterinnen und Bademeister hier zu Gast, die dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen keine Lebensrettung im Wasser benötigen.

Ich danke Ihnen allen sehr für ihren Einsatz!

Meine Damen und Herren,

vor 70 Jahren trat das Grundgesetz in Kraft. Wir haben im vergangenen Jahr an die Mütter des Grundgesetzes in der Bürgerschaft mit einer Ausstellung erinnert. Für das geteilte Land sollte 1949 ja erstmal ein Provisorium geschrieben werden, „nur“ ein „Grundgesetz“ und noch keine richtige Verfassung. Erst langsam und mit steigendem Wohlstand, nach vielen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts haben wir gemerkt, was in unseren Paragraphen alles steckt.

Der Ausgangspunkt für die Verfassungsmütter und Väter: der Mensch mit seiner Würde als zugleich eigenverantwortliches und sozial gebundenes Wesen, schreibt Verfassungsrichter Peter Müller. Und weiter – Zitat: „Das Demokratiemodell des Grundgesetzes ist ein Mitmachmodell, kein Zuschauermodell.“ Und das ist mir ganz wichtig: Die Politik ist kein Lieferdienst! Es geht nicht immer nur in eine Richtung, sondern es geht um Beteiligung.

Und genau dafür brauche ich Sie. Die Demokratie braucht überzeugte Demokraten, sie braucht Botschafter! Demokratie kein Naturgesetz, das einfach so fortbesteht – Demokratie ist eine Lebenshaltung, und die muss man lernen. Freiheit und Gleichheit setzen sich nicht von selbst durch. Und weder unsere Verfassung noch unsere Kultur machen uns immun gegen einen möglichen Zusammenbruch der Demokratie.

Der Einzug der AfD in Landesparlamente und Bundestag hat die Frage aufgeworfen, wie ein Marsch dieser Partei durch die Institutionen verhindert werden kann. Denn diese Partei lässt Platz für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Ausgrenzung und Hetze.

So gilt auch heute noch die Feststellung: Das Grundgesetz ist nur so stark wie es gelebt wird!

Dazu gehört auch, dass wir in Schulen dafür sorgen, dass Politik nicht nur im Lehrplan steht, sondern auch wirklich unterrichtet wird. Ich fordere immer noch: verpflichtenden Politik-Unterricht. Mindestens zwei Stunden in der Woche. Denn das ist die Grundlage für unsere Demokratie. Wir haben oft Schulklassen hier im Parlament, die am Anfang eine Frage stellen: „Wo sitzt denn hier eigentlich Angela Merkel?“

Um unsere Demokratie zu schützen, brauchen wir aufgeklärte Demokraten, die wissen was sie verteidigen. Denn letztlich sind wir, die Bürgerinnen und Bürger, verantwortlich für die Demokratie. Kein Mensch, kann sie allein zerstören und auch keiner allein retten. Wie alle sind gemeinsam verantwortlich!

Eine spannende Wahlperiode geht in diesem Jahr zu Ende. Natürlich werden Sie jetzt fragen: was hat die jetzt schon so viel zitierte Demokratie denn geleistet? Was hat das Parlament in Bremen beschlossen?

Rückblickend kann man sagen: so viele Fraktionswechsel wie in dieser Legislaturperiode hatten wir noch nie. So viele Einzelabgeordnete und Gruppen auch nicht. Inzwischen haben wir fünf Fraktionen und entsprechend viele Initiativen. Im Land kommen wir auf 2.000 Drucksachen, in der Stadtbürgerschaft auf 1.000 – so viele wie noch nie.

Einiges möchte ich hier noch mal in Erinnerung rufen: Wir haben die Verfassung zwei Mal geändert. Zum einen haben wir die Informationsrechte der Abgeordneten und auch der Ausschüsse gestärkt und erweitert. Zum anderen haben wir die Immunität neu geregelt, zeitgemäßer gemacht: Abgeordnete genießen nur noch dann besonderen Schutz, wenn sie in ihrer Mandats-Ausübung beeinträchtigt werden.

Wir haben zudem das Sonn- und Feiertagsgesetz geändert – und in langen Debatten um einen zusätzlichen Feiertag gerungen. Wir haben uns – und das freut mich sehr – als Parlament mehrheitlich für einen christlichen Feiertag entschieden. Für den Reformationstag. Das war nicht selbstverständlich. Aber für diesen Feiertag war die Zustimmung im Parlament am Ende am größten. Der 31. Oktober – ein spannender Tag, historisch aufgeladen, und jetzt: ein Bremer Feiertag.

Eines der großen Themen, das uns in diesem Jahr ganz sicherlich weiterbeschäftigen wird: die Innenstadt-Entwicklung. Ich wünsch es mir da: Es muss Bremen attraktiv machen. Nicht nur die immer gleiche Bauklotz-Architektur, nicht nur hoch-hinaus in Bremens so bescheidener auftretender Mitte. Wir haben so schöne Ecken in Bremen – wir brauchen keine Hochhäuser im Herzen der Stadt!

Die Integration, der Flüchtlinge, wird uns/muss uns weiter beschäftigen.

Wir hatten auch so viele Volksbegehren wie nie: am Anfang hat uns noch der Volksentscheid über die Verlängerung der Wahlperiode beschäftigt, den die Wählerinnen und Wählern (knapp) abgelehnt hatten. In den aktuellen Volksbegehren geht es um die Korrektur des Wahlrechts mit der Stärkung der Personenstimmen der Verlängerungen der Wahlperiode, die – ebenfalls knapp – nicht genügend Unterschriften zusammen bekommen haben. Und auch gegen unsere Pläne, die Galopprennbahn zu bebauen läuft ein Volksbegehren. Das zeigt, dass die Interessensgruppen die Instrumente der Bürgerbeteiligung inzwischen zu nutzen wissen!

Meine Damen und Herren,

2019 wird ein besonderes Jahr. Nicht nur für die Demokratie. Wenn in diesem Jahr 100 Jahre Bauhaus gefeiert werden, werden wir ein besonderes Schmuckstück sanieren: die Bremische Bürgerschaft. Wir werden aus diesen wunderschönen transparenten und (zumindest an vielen Tagen) lichtdurchfluteten Räumen, die Wassili Luckhardt konzipiert hat, ausziehen. Wir werden Kartons packen und nebenan im Börsenhof wieder auspacken und dort 18 Monate einziehen. Mit den Parlamentssitzungen werden wir wieder unter das Dach der Exekutive, ins Rathaus gehen. Genau dort übrigens, wo die Bremische Bürgerschaft direkt nach dem Krieg wieder angefangen hatte.

Ich hätte mir für den Umbau am liebsten gewünscht, dass wir – das Parlament – zu den Wählerinnen und Wählern gegangen wären, in die Stadtteile. Logistisch wäre das allerdings eine riesige Herausforderungen, von geeignet großen Räumen in den Stadtteilen ganz zu schweigen. Und auch wenn ich Platons Idee sehr schätze, dass die Volks-Vertreter sich auf dem Markt versammeln – dafür wäre auch das Bremer Wetter am Ende nicht stabil genug.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, vermutlich lag es nicht am Wetter, dass die Stadtmusikanten hier nie angekommen sind. Aber das Bild, dass Esel, Hund, Katze und Hahn seit jetzt 200 Jahren von der Hansestadt prägen, ist: dass es in Bremen Besseres gibt – besseres als den Tod und

als soziale Ausbeutung. Dass Bremen eine fröhliche und – ja – auch musikalische Stadt ist, mit einem starken Zusammenhalt. Wie ich es zum Beispiel bei „Bremen so frei“ erlebt habe – unser gemeinsames Singen auf dem Marktplatz.

Die Stadtmusikanten haben Bremen zu Recht ein Denkmal gesetzt, das weit über Bremen hinausreicht. Wir sind eine Stadtgesellschaft, die nicht nur zusammen hält, und zusammen singt – hier an diesem historischen Ort! Sondern Wir, die Politik, müssen aber dafür sorgen, dass Bremen weiterhin attraktiv bleibt, mit einer lebendigen, aktiven Bürgerschaft – in einer starken Demokratie.

Es ist an uns, die Schwächen der Demokratie zu beheben und ihre Stärken zu betonen. In diesem Sinne bitte ich Sie, bleiben Sie Botschafter für diese alte, aber gute Idee! Die Demokratie ist ein Gemeinschaftsunternehmen und hängt von uns allen ab. 2019 ist Wahljahr. Und da kommt es auf Sie alle an!

Ich danke Ihnen sehr für ihren Einsatz im vergangenen Jahr – und erhebe mein Glas auf Sie und auf alle hier! Auf ein gutes Neues Jahr 2019!

Und nun wünsche ich Ihnen gute Gespräche, gute Ideen und Kontakte. Lassen Sie es sich außerdem schmecken, was die Schülerinnen und Schüler von „Genusswerk“ in diesem Jahr wieder gezaubert haben.

Vielen Dank!